

# INFORMATIONEN

Presse  
Rundfunk  
Fernsehen



Gewerkschaft  
der Polizei  
Landesvorstand

Wiesbaden, den 13. Mai 2011



Nach dem Verfassungsurteil zur Sicherungsverwahrung rechnet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen mit enormen Belastungen und Kosten.

«Das Urteil kommt für uns nicht unerwartet. Es ist für den Staat zugleich Chance und Herausforderung», sagte GdP-Landeschef Jörg Bruchmüller in mehreren Pressegesprächen.



Neben den Kosten für die neuartige Unterbringung der Sicherungsverwahrten müsse die Polizei voraussichtlich zumindest in einer Übergangszeit mehrere freigelassene Straftäter rund um die Uhr bewachen. Dafür brauche sie mehr Beamte.

«Eine 24-Stunden-Überwachung erfordert einen relativ hohen Personaleinsatz.» Mit drei Polizisten sei es dabei nicht getan.

«Jeder Fall ist anders.» Es komme ganz individuell auf den Täter und seine Wohnsituation an.

Wie viel Personal für die neuen Aufgaben zusätzlich gebraucht werde, sei noch nicht abzusehen.

Die neuen Unterkünfte müssten schnell errichtet und mehr Personal eingestellt werden, verlangte Bruchmüller. Auch über den Einsatz neuer Methoden als Ergänzung zu einer 24-Stunden-Überwachung müsse nachgedacht werden. Als Beispiel nannte der Gewerkschaftschef elektronische Fußfesseln.

Die rund 19 000 Beschäftigten im hessischen Polizeidienst seien bereits stark belastet und arbeiteten oft im Dauereinsatz.

Mit Herausforderungen wie dem Terrorismus und der Internetkriminalität seien neue dauerhafte Aufgaben dazu gekommen.

Das Karlsruher Urteil zeige, dass die Polizeiarbeit nicht allein nach betriebswirtschaftlichen und haushaltspolitischen Maßstäben bewertet werden könne, betonte Bruchmüller.

«Je mehr Aufgaben wir dazu bekommen, desto weniger Zeit bleibt für die Tätigkeit am Bürger.»

Dazu zählt der Gewerkschafter Verkehrsunfälle, die Aufnahme von Anzeigen und Anliegen der Bürger wie Ruhestörung. Angesichts der ständig wachsenden Aufgaben und der Pensionierungen müssten jährlich mindestens 550 neue Beamte eingestellt werden.

---

## Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden  
GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50, Email: [gdphessen@t-online.de](mailto:gdphessen@t-online.de)  
Homepage: [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)